

weises des Zusammenhaltes und der Einigkeit der Nato auch keineswegs notwendig. Der Gemeinschaftssinn des Westens zeige sich schon ausreichend im gemeinsamen Vorgehen gegen die Sowjetunion und Polen, wobei jedoch jede Regierung nach bestem Wissen und Gewissen das Ausmaß ihrer Sanktionen selbst bestimmen müsse.

Nach Aussagen hoher amerikanischer Beamter wird Präsident Reagan mit Sicherheit noch vor dem Jahreswechsel erste Wirtschaftssanktionen gegen die Sowjetunion bekanntgeben. In ersten Spekulationen ist von einer Verschärfung des Technologieexportes, der Suspendierung aller Öl- und Erdgasbohr-ausrüstungen, der Aufkündigung der Landrechte für die Fluggesellschaft Aeroflot und von der Einstellung weiterer Getreidelieferungen die Rede. In Regierungskreisen in Washington wird versichert, daß die westlichen Verbündeten nicht nur frühzeitig von diesen einseitigen Schritten Amerikas unterrichtet, sondern auch von amerikanischer Seite aufgefordert würden, möglichst rasch in einen „Sanktionsgleichschritt“ mit den Vereinigten Staaten zu verfallen.

Washington scheint zu hoffen, daß eine Reihe von europäischen Regierungen schon bis zum Besuch Bundeskanzler Schmidts am 5. Januar in Washington Sanktionen beschließen werden. Die amerikanische Regierung hätte dann bessere Argumente gegenüber Schmidt, der die amerikanischen Sanktionen ohne Enthusiasmus und sogar als Mittel ansieht, die Lage in Polen weiter zu verschärfen. Wie von hohen Beamten im amerikanischen Außenministerium bestätigt wird, teilt gerade die Bundesregierung in Bonn nicht die Auffassung der amerikanischen Regierung, daß der Westen durch ein Bündel wirtschaftlicher und politischer Maßnahmen die Lage in Polen und die Haltung der Sowjetunion zu den dortigen Verhältnissen beeinflussen könne. Darüber hinaus scheint Bonn auch nur ganz am Rande die amerikanische Überzeugung zu teilen, daß die Sowjetunion maßgeblich an der Aktion General Jaruzelskis beteiligt gewesen sei und daher beide Regierungen in ihrer krassen Verletzung der Schlußakte von Helsinki zur Verantwortung gezogen werden müßten.

Die Regierung in Washington hofft, Bundeskanzler Schmidt während seines Besuches doch noch von der Notwendigkeit klarer und gemeinsamer westlicher Maßnahmen gegenüber der Sowjetunion und Polen überzeugen zu können. Washington setzt dabei — wie Staatssekretär Eagleburger während eines Fernsehinterviews sagte — auf die wachsende Abscheu in der europäischen Öffentlichkeit über die Entwicklung in Polen. Vor allem von den europäischen Gewerkschaften und deren Empörung über die Unterdrückung ihrer polnischen Kollegen versprechen

gierung einwirken könne. Jeder weitere Tag unter Kriegsrecht verringere jedoch die Chance zur Aussöhnung und Fortsetzung des Reformkurses. Washington ist sich auch der Tatsache bewußt, daß die Gefahr einer Hungersnot in Polen täglich größer wird und der Westen ebenfalls eine Verantwortung trägt, dies zu verhindern. In sehr engen und ausführlichen Konsultationen mit der starken polnischen Gemeinde in den Vereinigten Staaten sucht die amerikanische Regierung nach wie vor Mittel und Wege, wie trotz der Aufkündigung der offiziellen Nahrungsmittelhilfe die humanitäre Hilfe über kirchliche und private Hilfsorganisationen verstärkt werden könne.

Polnischer Diplomat für Sanktionen

WASHINGTON, 29. Dezember (AP). Für einen strengen Wirtschaftsboykott des Westens gegen Polen hat sich der im amerikanischen Exil lebende ehemalige polnische Botschafter in Tokio, Zdzislaw Rurarz, ausgesprochen. „Kein Handel, keine Lebensmittel, keine Kredite“ für die polnische Regierung, das forderte Rurarz am Montag vor der KSZE-Kommission des amerikanischen Kongresses. Auch die für die Entwicklung in Polen verantwortliche Sowjetunion solle vom Westen wirtschaftlich boykottiert werden. „In Wirklichkeit kämpfen wir gegen die Sowjetunion“, sagte der ehemalige Diplomat. Polens Ministerpräsident Jaruzelski spiele das „blutigste Spiel“ in der bisherigen polnischen Geschichte, und das Volk werde ihm dies nicht vergessen. Doch „der wirkliche Drahtzieher des polnischen Dramas sitzt hinter den Mauern des Kreml“. Das Verhalten der polnischen Regierung seit Gründung der „Solidarität“ sei von Anfang an im sowjetischen Sinne auf Wiederherstellung des alten Zustands gerichtet gewesen. Kompromisse habe es nur aus taktischen Gründen gegeben. Als Botschafter sei er schon Ende März offiziell über die mögliche Ausrufung des „Kriegszustandes“ unterrichtet worden. Im November sei als Datum der nahende Winter genannt worden in dem ein Widerstand schwieriger sei.

Botschafter Washingtons nach Angola

BELGRAD, 29. Dezember (AP). Die Vereinigten Staaten sollen einem Bericht der jugoslawischen Nachrichtenagentur Tanjug zufolge im Begriff stehen, einen Sondergesandten in die angolische Hauptstadt Luanda zu entsenden. Wie Tanjug am Montag unter Berufung auf die amtliche angolische Zeitung „Journal do Angola“ berichtete, soll es Auftrag des Abgesandten sein, sich in Gesprächen mit der Regierung in Luanda um eine Normalisierung der beiderseitigen Beziehungen zu bemühen.